



Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V. (BBU), Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn
Tel.: 0228 / 21 40 32, Fax: - 33, Email: BBU-Bonn@t-online.de, Homepage: www.BBU-online.de
Facebook: www.facebook.com/BBU72
Der BBU ist anerkannt nach § 3 UmwRG (Umwelt-Rechtsbehelfsgesetz)

BBU-Newsletter

14. Jahrgang, Nummer 03 / 2017

Liebe Leserinnen und Leser,

während sich die Regierungsbildung in Berlin weiterhin verzögert, engagieren sich Bürgerinitiativen und Umweltverbände wie der BBU kontinuierlich für einen umfassenden Umweltschutz. Und die Arbeit wird uns leider im neuen Jahr nicht ausgehen.

Gegen den drohenden Anstich der Giftmülldeponie in Leverkusen gingen Mitte November rund 4000 Menschen auf die Straße <https://www.ksta.de/region/leverkusen/stadt-leverkusen/fussball-fans-demo-gegen-a1-plaene--das-ist-erst-der-anfang--das-wird-noch-mehr--28873930?view=fragmentPreview>. Und bei der jährlichen „Wir haben es satt – Demo“ im Januar in Berlin wird die Beteiligung sicherlich wieder fünfstellig werden <https://www.wir-haben-es-satt.de>

Ebenso wichtig wie große Demonstrationen ist die alltägliche Kleinarbeit: Die Planung von Aktionen, das Sammeln von Einsprüchen, das Ausarbeiten von Stellungnahmen das Beantworten von Anfragen und Hilfesuchen ...

Zur Unterstützung der engagierten Arbeit des BBU sind auch 2018 kleine und große Spenden erbeten – jeder Euro hilft: BBU-Spendenkonto: Sparkasse Köln/Bonn, IBAN: DE62 3705 0198 0019 00 26 66, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Übrigens: Alle BBU-Mitglieder müssten noch vor Weihnachten den postalischen BBU-Weihnachtsbrief erhalten haben. Wer ihn nicht bekommen hat, sollte das der BBU-Geschäftsstelle in Bonn (mit Angabe einer möglichen neuen Anschrift) mitteilen.

Der BBU-Vorstand, die BBU-Geschäftsstelle und die BBU-Newsletter-Redaktion wünschen allen BBU-Mitgliedern sowie allen Freundinnen und Freunden des BBU frohe und ruhige Weihnachtstage und einen guten Rutsch in das neue Jahr 2018

Aus Vorstand und Geschäftsstelle

BBU befürwortet den Radwegeausbau in Hannover, ein ausnahmsloses Frackingverbot und den sofortigen Atomausstieg in Niedersachsen und im Bund

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) hat sich bei seinem Vorstandstreffen in Hannover mit den umweltpolitischen Entwicklungen nach der Bundestagswahl und der Landtagswahl in Niedersachsen befasst. Der BBU fordert den sofortigen Atomausstieg. Allein in Niedersachsen sind noch zwei Atomkraftwerke in Betrieb – das AKW Grohnde sowie das AKW Emsland in Lingen – und die Brennelementefabrik in Lingen hat eine unbefristete Betriebserlaubnis. Weiterhin fordert der BBU ein Frackingverbot ohne Ausnahmen in Niedersachsen und bundesweit. Ein weiteres Thema bei dem Vorstandstreffen waren die aktuellen Verkehrsplanungen und Verkehrsprobleme in Hannover und in der Region Hannover.

Der BBU tagte in den Räumen seiner Mitgliedsorganisation BIU Hannover (Bürgerinitiative Umweltschutz). BIU-Vorstandsmitglied Ralf Strobach erläuterte den BBU-Vorstandsmitgliedern die Entwicklung der BIU seit ihrer Gründung 1971 sowie die verkehrspolitische Situation in und um Hannover. Aktuell fordert die BIU u. a. eine baulich gesicherte Verkehrsinfrastruktur für den Fahrradverkehr mit gesicherten Radwegen, auf denen auch Kinder gefahrlos fahren können. Vorbild dafür sind die Radwege in den Niederlanden und in Kopenhagen (Dänemark).



Mit großer Spannung beobachtet der BBU-Vorstand die schwierige Regierungsbildung in Berlin. Der BBU fordert einen hohen Stellenwert für den Umweltschutz in der zukünftigen Koalition. Skeptisch sieht der BBU, dass in Niedersachsen der frühere niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) Umweltminister wird. In der Vergangenheit hatte der BBU Lies dafür kritisiert, dass er sich vorrangig für die Interessen der Erdgaskonzerne und nicht für Mensch und Natur eingesetzt hat.

Der BBU bringt sich aktiv in Genehmigungsverfahren und Scoping-Termine ein, z. B. in das Genehmigungsverfahren zur ExxonMobil-Reststoffbehandlungsanlage in Söhlingen (Landkreis Rotenburg / Wümme). Nach Auffassung des BBU darf das Projekt nicht genehmigt werden.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 01.12.2017. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/01.12.17.pdf>

Foto: BBU-Vorstand in Hannover (Nov. 2017). Von links nach rechts: Oliver Kalusch, Ulla Weiss, Christine Ellermann (Geschäftsführerin), Regina Ludewig, Gertrud Patan, Udo Buchholz, Helmut Wilhelm. (Nicht auf dem Foto: Kerstin Desch-Wöhrl, Elke Fischer, Peter Schott).

Aktuelle Informationen des BBU ...

... findet man immer unter <http://bbu-online.de/Presse.htm> sowie unter <https://www.facebook.com/BBU72>.

Themenbereiche

Anlagensicherheit

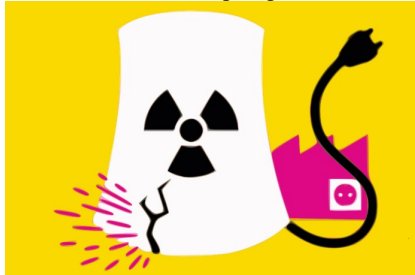
Gefahrstofflagerung

In Hude-Altmoorhausen (Niedersachsen) wird der Bau eines Gefahrstofflagers geplant. Weitere Informationen dazu unter https://www.weser-kurier.de/region/delmenhorster-kurier_artikel,-buefa-sucht-neue-flaechen-_arid,1675940.html

Atomenergie

Gutachten: Uranfabriken können stillgelegt werden

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), die atomkritische Ärztereinigung IPPNW sowie mehrere regionale Anti-Atomkraft-Initiativen begrüßen das neue Rechtsgutachten des Bundesumweltministeriums zur Stilllegung der Urananreicherungsanlage Gronau und der Brennelementefabrik Lingen. "Wir



freuen uns, dass die beiden Gutachter zu dem klaren Ergebnis kommen, dass sowohl die Urananreicherung in Gronau wie auch die Brennelementeproduktion in Lingen "rechtssicher" beendet werden können. Das stützt unsere Rechtsauffassung und ist nun ein klarer Handlungsauftrag an die Jamaika-Sondierer in Berlin sowie die betroffenen Landesregierungen in NRW und Niedersachsen," so Udo Buchholz vom Vorstand des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und zugleich Mitglied des örtlichen Arbeitskreises Umwelt (AKU) Gronau.

Zum Hintergrund: Der auch in Gronau tätige internationale Urananreicherer Urenco beliefert rund 10 % des Weltmarktes mit angereichertem Uran zur Brennelementeproduktion. Kunden sind u. a. die belgischen AKW-Betreiber, aber auch z. B. die Ukraine. In Lingen produziert der französische Atomkonzern Areva direkt für die belgischen AKW, aber auch z. B. für Frankreich, die Niederlande, die Schweiz, Schweden und Finnland. AtomkraftgegnerInnen fordern bereits seit langem ein Aus für Uranexporte sowie die Stilllegung dieser beiden Atomfabriken. Im Atomausstiegsgesetz wurden sie 2011 nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima aber "vergessen" und dürfen deshalb derzeit noch unbefristet weiterlaufen.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung vom 16.11.2017. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/16.11.17.pdf>

Leckage im AKW Lingen 2: Störfälle und Pannen häufen sich

Der Weiterbetrieb des Atomkraftwerkes Lingen 2 ist aus Sicht des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) nicht hinnehmbar. Mitte der Woche hatte das Niedersächsische Umweltministerium die Öffentlichkeit erneut über ein besonderes Vorkommnis im AKW Lingen 2 informiert. Diesmal ging es um eine Leckage im Nebenkühlwassersystem. „Das Nebenkühlwassersystem ist ein kombiniertes System, das zur Wärmeabfuhr aus der Anlage sowohl im Normalbetrieb zum Beispiel von betrieblichen Einrichtungen wie etwa Klimaanlage als auch bei Störfällen genutzt werden kann“, so das Ministerium. Erst Ende Oktober war es im AKW Lingen 2 durch eine defekte Sicherung in einem Spannungsregler zu einem Ausfall von Teilen der Brandmeldeanlage gekommen. Als Folge waren mehrere Brandmelder nicht verfügbar.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 17.11.2017. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/17.11.17.pdf>

Koalition in Niedersachsen: Erst die Wölfe, dann der Atommüll

Gerade einmal 16 Zeilen ist der großen Koalition in Niedersachsen das Kapitel "Kernenergie und Endlagerung atomarer Abfälle" wert, der Umgang mit den Wölfen hingegen beansprucht 35 Zeilen im Koalitionsvertrag von SPD und CDU: soviel zur Gewichtung, merkt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. (BI) an.

Aus einer Pressemitteilung der BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, eine BBU-Mitgliedsorganisation, vom 18.11.2017. Vollständiger Text der Pressemitteilung unter <http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?p=19864>

Landeskonzferenz der nordrhein-westfälischen Antiatom-Initiativen tagte in Duisburg

In Duisburg trafen sich VertreterInnen der nordrhein-westfälischen Antiatom-Initiativen, der bundesweit tätigen Organisation „ausgestrahlt“ und des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz zu ihrer Herbstkonferenz. Die AtomkraftgegnerInnen bewerteten atompolitische Fragen unter den Vorzeichen einer neuen Landesregierung in NRW und der anstehenden Koalitionsverhandlung in Berlin. Sie bekräftigten ihre Forderung nach einem vollständigen und sofortigen Atomausstieg und wiesen auf die ungelöste Frage der Entsorgung des Atommülls hin. Zudem legten die Initiativen ihre Aktionsschwerpunkte für das kommende Jahr fest.

In Lingen wird es am 16. Juni eine überregionale Demonstration gegen das AKW Lingen II, das 30 Jahre alt wird, und die Brennelementefabrik von Areva geben.

Zudem werden zahlreiche Transporte, die im Zusammenhang mit der Urananreicherung stehen, bundesweit von Protesten begleitet werden.

Aus einer Pressemitteilung der NRW-Landeskonferenz gegen Atomanlagen vom 22.11.2017, vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202017/22.11.17.pdf>

CSU: Statt Personaldebatten die Stilllegung des AKW Gundremmingen anschieben

Die CSU soll sich in Bayern mehr um die Stilllegung des AKW Gundremmingen als um ihre Personaldebatten kümmern. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßt die aktuell eingereichte Klage gegen den Weiterbetrieb der Reaktorblöcke B und C des Atomkraftwerkes Gundremmingen (Bayern). „Der Weiterbetrieb des AKW Gundremmingen ist nicht hinnehmbar. Zum Schutz der Bevölkerung und zur Vermeidung der weiteren Atommüllproduktion in den beiden Reaktorblöcken ist die sofortige Stilllegung dringend erforderlich. Der Klägerin und dem Kläger ist viel Erfolg zu wünschen“, so Udo Buchholz vom Vorstand des BBU.

Aus einer BBU-Pressemitteilung vom 08.12.2017. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202017/08.12.17.pdf>

AKW Fessenheim sofort stilllegen – kein neues AKW in Flamanville

Begrüßt wird vom BBU die aktuelle Ankündigung von Frankreichs Staatspräsident Macron zur Stilllegung des französischen AKW Fessenheim. Allerdings kritisiert der BBU, dass Macron kein Stilllegungsdatum benannt hat. Nach Auffassung des BBU darf das AKW Fessenheim nicht länger am Netz bleiben und muss sofort stillgelegt werden. Das im Bau befindliche neue Atomkraftwerk am Standort Flamanville lehnt der BBU ebenfalls ab. Zudem fordert der Verband auch die Stilllegung der alten Reaktorblöcke in Flamanville, die schon rund 30 Jahre am Netz sind. „Der Weiterbetrieb der Atomkraftwerke in Frankreich verschärft auch in Frankreich die Atommüllproblematik“, so BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz. Weitere Informationen zum AKW Fessenheim unter <http://www.fessenheimstop.org>, <http://antiatomnetz-trier.de>

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 12.12.2017; <http://bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202017/12.12.17.pdf>

Proteste gegen Atomanlagen und Atomtransporte in NRW

In Nordrhein-Westfalen trafen sich am Sonntag (17.12.) Anti-Atomkraft-Initiativen zum Weihnachtsprotest am Atommüll-Lager in Ahaus. Rund 50 Personen demonstrierten dabei generell gegen alle Atomkraftwerke und Atomanlagen sowie gegen die damit verbundenen Atomtransporte. Aktuelle Informationen über das Atommüll-Lager in Ahaus unter www.sofa-ms.de sowie unter www.bi-ahaus.de. Am 7. Januar findet an der Gronauer Urananreicherungsanlage ein Neujahrs-Anti-Atomkraft-Spaziergang statt. Schon seit Ende 1986 treffen sich kontinuierlich Anti-Atomkraft-Initiativen immer am ersten Sonntag im Monat an der bundesweit einzigartigen Uranfabrik.

Aus einer Pressemitteilung des BBU vom 18.12.2017.



Super-GAU verhindern – aber ohne Klimakiller!

Anti-Atomkraft- und Anti-Kohle-Initiativen sowie Umweltverbände wenden sich gemeinsam gegen den Entwurf des NRW Ministerpräsidenten Laschet, den im AKW Tihange produzierten Atomstrom durch Braun-

kohlestrom aus NRW zu ersetzen. Wie Studien belegten ist die sofortige Abschaltung von Tihange 2 und Doel 3 problemlos möglich - dazu bedürfte es keiner neuen Stromtrasse. Es gebe darüber hinaus viel bessere, kurzfristigere und dezentrale Möglichkeiten, in Zukunft auch den übrigen Atomstrom in Belgien zu ersetzen.

Braunkohle ist der klimaschädlichste aller Energieträger. In Nordrhein-Westfalen werden jährlich etwa 285 Millionen Tonnen Kohlendioxid ausgestoßen. Etwa ein Drittel davon geht auf das Konto der rheinischen Braunkohle, die rechnerisch ohnehin nur Strom für den Export produziert, da der Strommarkt im Inland übersättigt ist. Die Anti-Atom- und Anti-Kohle-Initiativen werfen Laschet vor, sich mit seinem Vorschlag zum Sprachrohr und Lobbyisten des Energiekonzerns RWE zu machen.

Aus einer gemeinschaftlichen Pressemitteilung von rund 15 Bürgerinitiativen und Umweltverbänden (incl. BBU) vom 19.12.2017. Vollständiger Text unter

<http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/19.12.17.pdf>

Neckar-Castortransporte

Am 19. Dezember 2017 wurde auf dem Neckar unter Protest der 5. Castor-Atommülltransport vom AKW Obrigheim nach Neckarwestheim durchgeführt. Der BBU solidarisierte sich mehrfach mit dem Widerstand gegen den 5. Castortransport auf dem Neckar. Und ebenso wie die Initiativen vor Ort rief auch der BBU zum Protest gegen den umstrittenen Castor-Atommülltransport vom Atomkraftwerk Obrigheim nach Neckarwestheim auf.

Ausführliche Informationen über die Castor-Transporte auf dem Neckar findet man u. a. unter

<https://neckar-castorfrei.de>, Infotelefon: 0151 - 4677 6229. Weitere Hintergrundinformationen unter <http://www.bbm.de> sowie <http://www.atomerbe-obrigheim.de>.

Jülicher Atommüll

Der WDR berichtete am 22.12.2017: „Das Energieministerium der USA hat keine Bedenken, den Atommüll aus dem Jülicher Versuchsreaktor zurückzunehmen. Das ergibt sich aus einer aktuellen Umweltverträglichkeitsprüfung.“ Quelle und vollständiger Text: <https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/juelich-atommuell-usa-transport100.html>

2018 muss der Jülicher Atommüll wieder verstärkt in den Fokus des öffentlichen Interesses gerückt werden. Hintergrundinformationen: <http://westcastor.blogspot.de/images/westcastorresolution13.pdf>

Fracking

Der bundesweite Zusammenschluss „Gegen Gasbohren“ begrüßt sein 75. Mitglied!

Mit großer Freude begrüßen wir als Neumitglied in unserem Zusammenschluss die **Bürgerinitiative gegen Bohrungen nach Erdgas/Erdöl im Süd-/Brookmerland** in 26624 Engerhufe.

Diese Bürgerinitiative ist die 75. Gruppe, die sich unserem Zusammenschluss „Gegen Gasbohren“ angeschlossen hat. Basierend auf den Inhalten der „Korbacher Resolution“ vom Mai 2013 wendet sich „Gegen-Gasbohren“ nachdrücklich gegen den Einsatz der Fracking-Technik in Deutschland zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen.

Aus einer Pressemitteilung von „Gegen Gasbohren“ vom 19.12.2017. Quelle und weitere Informationen unter <http://www.gegen-gasbohren.de/2017/12/19/der-bundesweite-zusammenschluss-gegen-gasbohren-begruesst-sein-75-mitglied>

Gewässerschutz

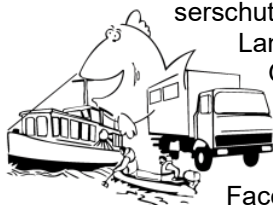
Düngeverordnung

Der 24. November war ein schlechter Tag für den Gewässerschutz. Der Bundesrat hat den letzten fehlenden Teil der Düngeverordnung verabschiedet. Leider wurde diese Stoffstrombilanz nicht im Sinne des Gewässerschutzes entschieden. Statt einer klaren Regelung, wurde eine Wahlmöglichkeit für die Landwirte beschlossen. Somit kann jeder Betrieb im Grunde selber entscheiden, wie viel Gülle auf die Felder aufgebracht wird. Auf eine Verbesserung der Grundwasserqualität kann man so kaum hoffen.

Quelle und weitere Informationen: <http://www.vsr-gewässerschutz.de>

Der VSR-Gewässerschutz, der im BBU organisiert ist, hat jetzt auch eine

Facebookseite: <https://www.facebook.com/VSRGewaesserschutz/>



Klimaschutz

COP23: Fortschritt bei den Regeln, zu wenig Ehrgeiz bei der Umsetzung

Von den Signalen der 23. Weltklimakonferenz zeigen sich die Klima-Allianz Deutschland und der Verband für Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe (VENRO) enttäuscht. Zwar wurden technische Umsetzungsre-

geln für das Pariser Abkommen erfolgreich zusammengetragen, dennoch fehlte in Bonn eine politische Dynamik für ehrgeizigen Klimaschutz. Zudem wurden keine finanziellen Zusagen für den Ausgleich von Schäden und Verlusten getroffen, unter denen vor allem ärmere Staaten und Inselstaaten leiden.

Aus einer Pressemitteilung der Klimaallianz vom 17.11.2017. Vollständiger Text unter

<http://www.klima-allianz.de/presse/meldung/cop23-fortschritt-bei-den-regeln-zu-wenig-ehrgeiz-bei-der-umsetzung>

Tongerfahren

plusminus (ARD) vom 18.10.2017 über giftige Drucker

Giftige Drucker: Warum Dreckschleudern den Blauen Engel bekommen | Video verfügbar bis 18.10.2018:

<http://www.daserste.de/information/wirtschaft-boerse/plusminus/blauer-engel-giftige-drucker-100.html>

Umweltrecht

BBU gegen Elbvertiefung und für den Hambacher Forst

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) begrüßt den Rodungsstopp für den Hambacher Wald, den das Oberverwaltungsgericht Münster zumindest vorläufig verhängt hat. Dagegen bedauert der BBU die jüngste Ablehnung von Klagen gegen die drohende Elbvertiefung bei Hamburg durch das Bundesverwaltungsgericht. Trotz des zunächst positiven Urteils zum Schutz des Hambacher Forstes betont der BBU, dass weitere Proteste nötig sind, um den Hambacher Forst dauerhaft zu schützen. Zudem wünscht der BBU auch allen Aktiven, die sich vor Ort gegen die Elbvertiefung wehren, weiterhin viel Durchhaltevermögen. Das Hamburger BBU-Vorstandsmitglied Regina Ludewig betont: „Wir akzeptieren keine zusätzliche ökologische Zerstörung. Und schon jetzt sind bei starkem Nordwestwind die tiefer gelegenen Gebiete Hamburgs regelmäßig überflutet, das würde sich mit der Elbvertiefung verschärfen.“

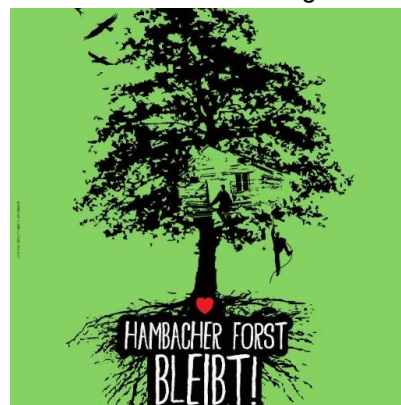
Der BBU betont, dass das Bundesverwaltungsgericht vor einigen Monaten der Klage der Naturschutzverbände WWF, NABU und BUND gegen die Elbvertiefung in Teilen stattgegeben hatte. Demnach seien bei den Vertiefungsplänen zu wenig ökologische Ausgleichsflächen geplant. Die Problematik ist weiterhin gegeben. Außerdem betragen die Kosten für die Elbvertiefung laut "Hamburg für die Elbe" über 1 Mrd. Euro. Das ist nicht nur ökologisch, sondern auch wirtschaftlich unverantwortlich. Der BBU weist zudem darauf hin, dass auch aus Sicht der Planer der Elbvertiefung Probleme bestehen. Den Planungen zufolge müsste die Elbe breit genug sein, damit 2 Schiffe aneinander vorbei passieren können. Das ist nicht gegeben und lässt sich auf Hamburger Stadtgebiet auch kaum umsetzen. In vielen Stadtteilen reicht die Bebauung sehr dicht an das Elbufer heran und kann ja schlecht abgerissen werden. Außerdem können Containerriesen deshalb nicht voll beladen nach Hamburg einlaufen, weil die hohen Containeraufbauten nicht die über die Elbe führende Köhlbrandbrücke passieren können. Die Elbvertiefung würde somit die angeblichen "wirtschaftlichen" Probleme also gar nicht lösen können. Im Dezember stehen weitere Klagen gegen die Elbvertiefung auf der Tagesordnung des Bundesverwaltungsgerichtes. Weitere Informationen zur Elbvertiefung unter <http://www.hamburg-fuer-die-elbe.de>

Hambacher Forst

In dem Urteil des OVG Münster zum Schutz der Bäume im Hambacher Forst sieht der BBU eine Chance für weiteres Engagement in der gewonnenen Zeit

Unter <https://hambacherforst.org/blog> heißt es aktuell: „Die Rodungen sind untersagt, bis das Gericht über den Antrag entschieden hat. Wann das sein wird, kann hier kein Mensch genau abschätzen. Zu dem richtet sich die Klage gegen die Betriebsplan 2014 – 2017. Selbst wenn das Gericht für uns positiv entscheidet, wären ab dem 1. Januar 2018 Rodungen wieder möglich, es sei denn, der Hauptbetriebsplan der ab 2018 gilt wird erfolgreich angefochten. Was Rodungsstopp auch nicht bedeutet ist ein Verbot von Räumungen. Es können weiterhin Baumhäuser sowie das Wiesencamp geräumt werden (und Armin Laschet scheint die Braunkohle ja auch ein besonderes Herzensthema zu sein). Seid daher weiterhin achtsam, haltet euch und eure Verbündeten auf dem Laufendem.“ Weitere Informationen unter <https://www.ende-gelaende.org/de>

Aus Platzgründen leicht gekürzte BBU-Pressemitteilung vom 29.11.2017. Vollständiger Text unter <http://bbu-online.de/presseerklarungen/prmitteilungen/PR%202017/29.11.17.pdf>



Verkehrspolitik

mobilogisch! 4/17 erschienen

Im November ist die Spätherbst-Ausgabe (4/17) der „mobilogisch!“ erschienen, mobilogisch! und ihr Vorgänger, der Informations Dienst Verkehr IDV, ist seit 1980 ein Service für Interessierte und Aktive im Verkehrsbereich. Berichtet wird aus allen Bereichen des Spektrums Verkehr und Umwelt. Gelesen wird mobilogisch!

von Fachleuten und interessierten, engagierten Laien. Geschrieben wird stets aus dem Blickwinkel des Umweltverbands. Herausgeber sind die beiden BBU-Mitgliedsorganisationen Umkehr e. V. und FUSS e. V. Weitere Informationen unter <http://www.mobilogisch.de>

DB AG: Preise rauf – Pünktlichkeit runter Vom Mobilitätsdienstleister zum Schnäppchenmarkt

Zum Fahrplanwechsel am 10. Dezember erhöht die Deutsche Bahn erneut die Ticketpreise. Die immer verfügbaren Tickets ohne Zugbindung im Fernverkehr („Flexpreis“) steigen um 1,9 Prozent. Im Nahverkehr steigen die Preise um 2,3 Prozent. Einzelne Strecken werden deutlich teurer. So steigt der Fahrpreis auf der Neubaustrecke Nürnberg-Erfurt um 13,6 Prozent. Seit 2003 hat die DB ihre Preise um das Doppelte der Inflationsrate erhöht, um durchschnittlich 3,5 Prozent pro Jahr. Von 2003 bis 2017 sind die Preise im Fernverkehr um 45 Prozent, im Nahverkehr um 50 Prozent gestiegen. Reservierungen machte die DB AG im gleichen Zeitraum sogar 121 Prozent teurer, das Vielfahrer-Angebot BahnCard50 kostet 85 Prozent mehr. Die beiliegende Grafik zeigt die Steigerungen von 2003 bis 2017.

„Das Preissystem der DB AG gleicht immer mehr einem Sonderposten-Höcker für Gelegenheitskäufer, nur teurer. Die Tarife haben immer weniger zu tun mit einem Mobilitätsdienstleister für Menschen, die zu einem bestimmten Zweck und einer bestimmten Zeit von A nach B wollen. Ich möchte nicht von der Stammkundin zur Schnäppchenjägerin umerzogen werden“, sagt Monika Lege, Mobilitätsexpertin bei der Umweltorganisation ROBIN WOOD und Mitbegründerin von „Bahn für Alle“. „Das undurchsichtige Preissystem macht spontane Bahnfahrten zum Luxus und den Umstieg vom Auto auf die Bahn unattraktiv.“

Die höheren Preise gehen nicht mit einem besseren Service einher. Für Fahrgäste ist laut Umfragen die Pünktlichkeit entscheidend, doch bereits Ende November hatte die DB AG ihr Pünktlichkeitsziel für 2017 vorzeitig aufgegeben. „Die Preise gehen rauf und die Pünktlichkeit runter“, kritisiert der Bündnissprecher Dr. Bernhard Knierim von „Bahn für Alle“. „Weil der Konzern jahrelang die Instandhaltung vernachlässigt hat und zu wenig Reserven vorhält, führen jetzt kleine Störungen zu Kettenreaktionen und ein Sturm zu tagelangem Totalausfall.“

„Während der Normalbetrieb kaputtgespart wurde, legt der bundeseigene Konzern bei Großbaustellen eine unverantwortliche Risikobereitschaft an den Tag“, kritisiert Dr. Winfried Wolf vom Bahnexpertenkreis „Bürgerbahn statt Börsenbahn“ und „Bahn für Alle“-Mitgründer. Im August und September war die Hauptstrecke von Karlsruhe nach Basel nach dem Tunnleinbruch bei Rastatt sieben Wochen lang gesperrt. Der materielle Schaden wird auf gut eine Milliarde Euro geschätzt. Im Dezember will der DB-Aufsichtsrat für den Tiefbahnhof Stuttgart 21 eine weitere Milliarde Euro genehmigen. „Die Zeche zahlen Steuerzahler und Fahrgäste“, so Wolf.

Grafik Entwicklung der Preise (2. Klasse) bei der DB AG 2003 -2017 unter <http://www.bahn-fuer-alle.de/pages/pressemitteilungen/2017/db-ag-preise-rauf-ndash-puenktlichkeit-runter.php>

Eine ausführliche Analyse des Preissystems der DB AG enthält die Sonderzeitung „Verkehrswende und Umstieg – JETZT“ vom Bündnis „Bahn für Alle“: http://www.bahn-fuer-alle.de/media/docs/2017/TAZ-Beilage_Verkehrswende_Okt2017.pdf
Pressemitteilung des Bündnis' „Bahn für Alle“ vom 08.12.2017. Der BBU ist Mitglied in dem Bündnis.
Kontakt und weitere Informationen: <http://www.bahn-fuer-alle.de>

Flughafen Köln - Bonn

Gegen die drohende Erweiterung des Flughafen Köln – Bonn wurden zahlreiche Einwendungen bei der Bezirksregierung Düsseldorf eingereicht. Auch der BBU hat Einwendungen erhoben.

Hintergrundinformationen unter <http://www.fluglaerm-koeln-bonn.de>

Termine

20.01.2018: Berlin, Demonstration: „Wir haben es satt“, <https://www.wir-haben-es-satt.de>

17.02.2018: Kassel, Atommüllkonferenz, <http://www.atommuellkonferenz.de>

11.03.2018: 7. Jahrestag der Fukushima-Katastrophe

Weitere Terminhinweise unter <http://www.bbu-online.de/Termine/Termine.htm>

Impressum: BBU-Newsletter Nr. 03 / 2017, Hrsg.: BBU e.V., Prinz-Albert-Straße 55, 53113 Bonn. Redaktion: Udo Buchholz (UB), Vorstandsmitglied des BBU. Druck: Eigendruck und E-Mailversand über die Geschäftsstelle in Bonn. Der Preis des BBU-Newsletter (per Mail) ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Interessierte Nicht-Mitglieder können den Newsletter (als Datei) beim BBU anfordern. Der Newsletter erscheint monatlich. Nächster Redaktionsschluss ist der 07.01.2018. Beiträge von Mitgliedsinitiativen in Form von Artikeln, Pressemitteilungen oder Terminbekanntgaben werden möglichst bevorzugt veröffentlicht. Die Länge der Beiträge sollte 1800 Zeichen nicht überschreiten. E-Mail-Adresse der Redaktion: Buchholz@bbu-bonn.de. In der Betreff-Zeile bitte „Für den BBU-Newsletter“ vermerken.